

Peter Petersen und „Der Kleine Jena-Plan“

Im Spannungsfeld der SBZ/DDR 1945-1950

Was macht ein international anerkannter Erziehungswissenschaftler, der schon in der Weimarer Republik als einziger Ordinarius in Deutschland die Möglichkeit besaß, ein von ihm entwickeltes liberales Schulreformkonzept nach dem „Jena-Plan“ in seiner eigenen Universitätsübungsschule wissenschaftlich kontrolliert zu erproben, erfolgreich zu optimieren und dieses Werk auch durch die NS-Zeit zu bringen, nach dem Zweiten Weltkrieg in einem nunmehr immer stärker kommunistisch werdenden Teil Deutschlands, in seinem Thüringer Land und an seiner Universität Jena?

Nach manchen anderen hat sich nun auch Dagmar Sommerfeld mit ihrer in Dortmund entstandenen Dissertation „auf den Weg einer Biographie“ (Barbara Kluge, 1992) Peter Petersens gemacht. Der von ihr bearbeitete Zeitraum fällt in die unmittelbare Nachkriegszeit des Ostens Deutschlands, der Sowjetischen Besatzungs-Zone (SBZ) und der Anfänge der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die von der Autorin titularisch vorgenommene Verbesonderung auf den Kleinen Jena-Plan deckt sich nicht unbedingt mit der von ihr behandelten Pädagogik Peter Petersens in Praxis, Lehre und Forschung. Warum die Festlegung auf den „kleinen“ Jena-Plan und nicht auf den „großen“? Darüber gibt auch nicht ihre umständliche Einleitung Auskunft, die für Dissertationszwecke vielleicht notwendig war, für Buchzwecke aber weniger hilfreich ist. Ungeachtet dessen besteht das Verdienst der Autorin in ihrer sorgfältigen Recherche, in dem Herbeiziehen spezieller Dokumente und dem Aufarbeiten eines Stückes unserer pädagogischen Nachkriegsgeschichte. Zu den bisherigen biographischen Beiträgen zu Peter Petersen konnte sie manches hinzufügen, präzisieren und auch revidieren. Sie zeichnet den letzten Lebensabschnitt Peter Petersens, vom Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Scheitern seines Lebenswerkes und

letztlich seiner selbst, aus der Distanz einer nachgewachsenen Generation nach. Die weitgehende Beschränkung auf die Geschehnisse an der Universität Jena und im Lande Thüringen können beim Leser den Eindruck erwecken, daß es sich um einen lokal begrenzten Vorgang handelt, in dem die Akteure als Freunde, Feinde, Intriganten, Karrieristen, Richter und Opportunisten ihre jeweilige Rolle spielen. Das ist nur die halbe Wahrheit. Der Rezensent ist gewiß, daß Peter Petersen in der SBZ/DDR hätte tun können, was er wollte und was man von ihm verlangte; sein reformpädagogischer Ansatz einschließlich seiner Versuchsschule in Jena waren nach 1945 im kommunistischen Machtbereich ein bildungspolitischer Störfaktor, ein Fremdkörper, eine Kontrollinstanz und damit eine Gefahr, und zwar ex tunc! Das Tragische war, daß Peter Petersen und seine Mitarbeiter die Zeichen der Zeit offenbar nicht erkannt oder zu spät erkannt hatten. Dieser übergreifende Aspekt ist im Buch von Dagmar Sommerfeld nach Auffassung des Rezensenten nicht genügend deutlich geworden und soll zunächst nachgetragen werden.

Das erste Zeichen einer neuen bildungspolitischen Zeit wurde bereits am 4. November 1945 in Berlin gesetzt. KPD und SPD führen gemeinsam eine Kundgebung zur „Demokratischen Schulreform“ durch. Anton Ackermann von der KPD und Max Kreuziger von der SPD halten die Hauptreferate gegen Hitlerfaschismus und für eine neue, ganz andere Schule. Wilhelm Külz von der SPD durfte auch etwas dazu sagen. Mit der „Brechung des reaktionären Bildungsprivilegs der Reichen“ knüpft die proklamierte Schulreform an alte Forderungen der Sozialdemokratie an (H. Schulz, 1919). Nunmehr gilt es, materialiter das erzieherische Erbe des Hitlerfaschismus zu überwinden und formaliter durch Schaffung eines einheitlichen Schulwesens die allseiti-

ge Entwicklung *aller* Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Ein Aufruf an „alle Eltern, Lehrer und Hochschullehrer“ nennt „Grundsätze für die demokratische Erneuerung der deutschen Schule“. Sie enthalten aus der Not der Stunde geborene berechnete Anliegen und zukunftsweisende Vorstellungen; aber mögliche Reformansätze außerhalb des linken Spektrums werden mit keinem Wort erwähnt. - Das knapp ein halbes Jahr später von den fünf damaligen Landes- und Provinzialverwaltungen der SBZ fast wortgleich beschlossene „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“, deren Kernbereich eine gemeinsame 8jährige Grundschule ist, setzt die oben genannten Grundsätze in die Tat um und sichert im § 6 unter anderem den „demokratischen Parteien und Organisationen“ sowie „Vertretern der demokratischen Jugendorganisationen“ Mitwirkung beim Neuaufbau der „Einheitsschule“ zu. Diese eher beiläufige, aber eminent wichtige Vorschrift wurde damals nicht selten übersehen. - Bereits zum Schuljahr 1946/47 gibt die Zentralverwaltung für Volksbildung „Lehrpläne für die Grund- und Oberschulen“ heraus, die zonenweit für Lehrer und Schüler verpflichtend sind. Lehrinhalte und Stundentafeln werden klassenweise festgesetzt; von Ausnahmefällen ist keine Rede. - Ergänzend zu den Bildungsinhalten der Lehrpläne werden 1947 „Grundsätze der Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“ von der Zentralverwaltung veröffentlicht. Das Erziehungsideal der neuen Schule, ein „streitbarer demokratischer Humanismus“, stammt aus den Ackermannschen Ausführungen von 1945. Im Rückblick auf die Weimarer Zeit werden damalige Schulreform und Schulversuche kritisiert, weil sie „nicht die eigentliche Aufgabe der Umgestaltung des gesamten Bildungswesens und der Erziehung, die nur in engster Verbindung mit einer fortschrittlichen Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung gelöst werden kann, gesehen und gelöst haben“. Die aber, die sie gesehen hatten, konnten sie wegen der politischen Verhältnisse nicht lösen. „Es kommt darauf

an, die Jugend nicht in eine Scheinwelt zu führen, sondern dem wirklichen Leben mit all seinen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingtheiten in der Schule Raum zu gewähren, um so den unheilvollen Riß zwischen Schule und Leben zu überwinden...“ Wer neben den Vorzügen der Jena-Plan-Schule auch ihre Probleme kennt, weiß, was hier angesprochen ist.

Das sind die „objektiven“ bildungspolitischen Rahmenbedingungen, wie sie bis 1947 in der Nachkriegs-SBZ gesetzt worden waren. Obwohl Peter Petersen und einige seiner Mitarbeiter manch gutachterliche Stellungnahme abgegeben haben, wie das Dagmar Sommerfeld nachweist, konnten sie von ihren Grundpositionen kaum etwas durchsetzen. In den richtungweisenden zentralen Papieren, Programmen und Gestzen sind auch keine Nischen sichtbar, in denen sich ihr liberales Schulreformkonzept hätte einpassen lassen. Die gemeinsame achtjährige Grundschule der neuen Einheitsschule stimmt mit Petersens Konzept überein; es ist aber auch die einzige nennenswerte Übereinstimmung, jedoch nur formal.

Andere Zeichen der Zeit setzt die pädagogische Publizistik. 1946 wird die dann vielgelesene Lehrerzeitschrift „die neue Schule“ mit dem Untertitel „Blätter für die demokratische Erneuerung in Unterricht und Erziehung“ herausgebracht. Die Zeitschrift war vielfältig aufgemacht: schulische Theorie, unterrichtliche Praxis, pädagogische Gegenwart und Vergangenheit, Inland und Ausland, Tradition und Reform. Nimmt man den Zeitraum der Sommerfeldschen Untersuchung in den Blick, also die Jahrgänge 1946 bis 1950, muß man feststellen, daß in all den Jahren nicht einmal der Name Peter Petersens fiel, geschweige denn etwas über den Jena-Plan bzw. die Universitätschule nach dem Jena-Plan-Konzept gesagt wurde. Petersen wurde in diesem pädagogischen Organ von Anfang an totgeschwiegen. Es ist auch nicht uninteressant, daß die bis dahin in dieser Zeitschrift geführte Rubrik „Schulreform“ ab 1948 nicht mehr weitergeführt wurde.

Ganz anders stellt sich die publizistische Situation in der Zeitschrift „pädagogik“ dar, die - nebenbei bemerkt - konsequent in all ihren Beiträgen die Kleinschreibung pflegte. Diese Zeitschrift will ihrem Untertitel nach „beiträge zur erziehungswissenschaft“ liefern. Hier waren sie anfangs noch alle versammelt: Alt, Deiters, Haseloff, Heimann, Kroh, Litt, Mieskes, Petersen, Rubinstein, Schwarzlose, Skatin, Winnefeld und allen voran der Chefredakteur, Max Gustav Lange, ein kluger Marxist reinsten Wassers, der Ende 1950 die DDR verließ und dann in West-Berlin darüber schrieb, woran er über fünf Jahre mitgewirkt hatte, über „Totalitäre Erziehung“. Die in der „pädagogik“ zu Wort gekommenen „fortschrittlichen“ Erziehungswissenschaftler duldeten keine Anknüpfung an die Tradition der Weimarer Zeit und auch an die sich von nationalsozialistischen Gedanken freigehaltene Pädagogik. Litt wurde ebenso kritisiert wie Petersen und seine Mitarbeiter Mieskes und Dietrich. Wortführer der „Fortschrittlichen“ waren in den Jahrgängen 1946 bis 1949 Deiters und vor allem Lange. 1946 gibt Peter Petersen bei Julius Beltz in Berlin und Leipzig die 9/12. neu durchgesehene und erweiterte Auflage des „Kleinen Jena-Plans“ heraus. Lange bespricht ihn sofort in der „pädagogik“. Sein Verdikt: mit seiner Idee der Gemeinschaft hat Petersen die Schulwirklichkeit ideologisiert (sic!). 1947 erscheint bei Volk und Wissen in Berlin und Leipzig ein schmales Heft mit dem Titel: „Über die Organisation des Unterrichts“. Verfasser ist N.P. Schtscherbow, der als Kandidat der Pädagogischen Wissenschaften firmiert, zu der Zeit aber russischer Schuloffizier der Sowjetischen Militär-Administration (SMA) war. Der Verfasser analysiert vor allem Reform- und Versuchsschulen der westeuropäischen Länder, lehnt sie durchweg ab, weil sie sich die Freiheit nehmen, den systematischen Unterricht aufzugeben. Abschließendes Zitat: „In einem großen Maße sündigt darin auch der Jena-Plan.“ Max Gustav Lange rezensiert wieder. Er hält den Reformern „überschätzung der

kindlichen individualität und unterschätzung eines geordneten wissens“ vor. Sieben Jahre später offenbart er in seiner „Totalitären Erziehung“: „Petersens Arbeiten für die Zeitschrift Pädagogik wurden von da an von Karlshorst (Sitz der SMA, Anm. des Rez.) nicht mehr genehmigt“. Wie dem auch sei, Peter Petersen, von Anfang an ständiger Mitarbeiter der „pädagogik“, wird ab Heft 6/1947 als solcher nicht mehr geführt. Das kleine Heftchen eines Schuloffiziers der sowjetischen Besatzungsmacht hat für den Osten Deutschlands westeuropäische Schulreformen im allgemeinen und den Jena-Plan im besonderen zu Grabe getragen und gleichzeitig die sowjetische Schulpädagogik für die SBZ eingeläutet. Denn ein Jahr später, 1948, erscheint bei Volk und Wissen, aus dem Russischen übersetzt, die „Pädagogik“ von Jessipow/Gontscharow. Die sowjetische Pädagogik, wie sie in diesem Buch vertreten wird, ist besonders für jene Schulreformer wichtig, die - so die Rezension in der „pädagogik“ - „noch immer unter dem einfluß amerikanischer phantasiemethoden oder deutscher romantischer schulversuche stehen...eine ernsthafte beschäftigung mit den erkenntnistheoretischen grundlagen der sowjetpädagogik wird diese irrige ansicht beseitigen“. - Aber das ist noch nicht das Ende. Jetzt schreibt Hans Mieskes in Heft 9/1949 der „pädagogik“ einen mutigen Artikel über „pädagogische forschung“, natürlich in Anlehnung an die Petersensche pädagogische tatsachenforschung. Lange fügt sofort einige „Bemerkungen“ an, aber nunmehr unter deutlichem Verlust seines bisherigen Niveaus. In seiner Argumentation bezieht er sich in einem Atemzug auf Marx und Engels, Lenin und Stalin und scheut sich auch nicht, auf die „parteilichkeit“ jeder Theorie hinzuweisen. Im übrigen - so führt er aus - wäre es nicht Aufgabe der pädagogischen forschung, den Sinnzusammenhang der pädagogischen Akte zu entwickeln, sondern die gesetzmäßigen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Prozesses Erziehung zu erforschen. - Das war die letzte Auseinandersetzung mit

der traditionsreichen Erziehungswissenschaft Jenas. Was nun folgt, hat eher symbolischen Charakter: Im Jahresschlußheft 12/1949 der „pädagogik“ schreibt einer der größten Widersacher Peter Petersens in Jena, Hans Brumme, einen Artikel „Stalin über die geistige Bildung“. Ein gutes halbes Jahr später, am 8. August 1950, verfügt die Volksbildungsministerin des Landes Thüringen die Schließung der Petersenschen Universitätsübungsschule unter ausdrücklicher Berufung auf das „Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule“ vom 2. Juni 1946. Der Kreis hat sich geschlossen. Petersen hatte niemals eine Chance; seine pädagogische Uhr war im Osten Deutschlands bereits 1945 abgelaufen. Die Würfel fielen nicht in Thüringen, Jena oder Berlin; sie fielen bereits im April/Mai 1945 bei der Geburt des kommunistischen Diktatur in der SBZ, die weder Widerspruch noch Konkurrenz ertragen konnte, nicht nur auf pädagogischem Gebiet.

Es ist einer nachgeborenen Historikerin nur schwer möglich, die Atmosphäre nicht selbst erlebter Zeiten aus Akten einzufangen. Wie selbstverständlich fließt der Autorin wiederholt die Formulierung von der „Demokratisierung“ der deutschen Schule in die Feder, ohne den Begriff nachhaltig zu hinterfragen. DDR-Historiker bezeichnen die Zeit von 1945 bis 1949 als „Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen“. Ostdeutsche Pädagogik-Historiker sprechen demzufolge von der „Periode der antifaschistisch-demokratischen Schulreform“ (u.a. Günther/Uhlig). Beteiligte wissen, daß diese Zeit in der Tat „antifaschistisch“ war; jeder war froh, dem faschistischen Nationalsozialismus entronnen zu sein und trat auch für die Verhinderung einer Wiederbelebung ein. Niemals aber war die damalige Zeit in der SBZ „demokratisch“. Dafür sorgten schon „die Russen“ und die mit ihnen verbündeten deutschen Kommunisten. Die Art, wie in den Kommunen, Kreisen und Ländern die Macht an sich gerissen und ausgeübt wurde, wie Personen und Posten verteilt wurden, wie scheidemokratisches

Verhalten an den Tag gelegt wurde, wie Gutgläubige vereinnahmt wurden und Kritiker verschwanden; all das blieb den Menschen nicht verborgen. Wenn jemals etwas wie Demokratie durchschimmerte, dann waren es in der SBZ die ersten Gemeindevahlen im September und die ersten Landtags- und Kreistagswahlen im Oktober 1946. Vor jedermann aber sichtbar wurde demonstriert, daß weder die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Dezember 1945 noch das Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule 1946 formal auf demokratischem Weg zustande gekommen sind. Das gilt auch für das materiale Zustandekommen des Gesetzes. Hierfür führt die Autorin auf S. 24 Heinrich Deiters als Kronzeugen an, was aber mit ihrer Aussage auf S. 68 wiederum weniger zusammenpaßt. Wie aber wurde von Eltern und Lehrern das neue Schulgesetz aufgenommen? Um es kurz zu sagen: ohne jegliche innere und äußere Anteilnahme. Die Eltern, von Existenzsorgen ohnehin genug bedrückt, waren froh, daß ihre Kinder überhaupt wieder geordnet zur Schule gehen konnten. Die Lehrer, in ihrer Masse immer noch von der 8jährigen Volksschule geprägt, fanden es gar nicht außergewöhnlich, nunmehr *alle* Kinder acht Jahre beieinander zu behalten. Das ehemalige Gymnasium schrumpfte auf die vierjährige Oberschule zusammen. Ein Teil der Eltern und Lehrer beklagte zwar intern einen drohenden Niveauverlust im Hinblick auf die Hochschulreife, ging aber bald zu der viel wichtigeren materiellen Aufbauarbeit über. Der Religionsunterricht blieb aus der Schule verbannt; das kannte man schon aus vergangenen Zeiten. (Im übrigen gaben auch die neuen „Demokraten“ in der SBZ der katholischen Kirche nicht das Recht der öffentlichen Fronleichnamsprozession wieder, das ihnen die Nazis genommen hatten.) Die durch das Gesetz weggefallenen Mittel- bzw. Realschulen wurden zunächst ebenso wenig vermißt wie die nicht zugelassenen Privatschulen. Zum neuen Schulgesetz gab es bei Eltern und Lehrern weder freudige Zustimmung noch öffentliche Proteste; man

hatte genug mit sich selbst zu tun. Und von Aufbruchstimmung in der SBZ konnte schon gar nicht die Rede sein; die wurde nur in der Tagespresse und den pädagogischen Zeitschriften verbreitet. Das soll nicht ausschließen, daß es in der SBZ neben Pessimisten und Realisten auch Optimisten und Opportunisten gab. Aufs Ganze gesehen, schwebte die Bevölkerung aber zwischen Bangen und Hoffnung.

Auf ein ähnliches Desinteresse stieß bei der Lehrerschaft der 1946 wieder aufgelegte „Kleine Jena-Plan“. Wie jedes damals erreichbare pädagogische Buch, wurde er selbstverständlich vor allem von den jungen (Neu-)Lehrern gekauft. Sie konnten aber nicht viel mit ihm anfangen. Gründe hierfür waren unter anderem die Unkenntnis über die dahinterstehende Theorie und die fehlende Übertragungsmöglichkeit in die Schulpraxis. Peter Petersen hat es versäumt, der Neuauflage eine für praktizierende Lehrer handfeste „Einführung“ voranzustellen. Er hätte so das Verständnis für sein pädagogisches Anliegen bei zahlreichen Lehrern wecken und Anregungen zu unterrichtlicher Umsetzung wenigstens für Teile seines Plans geben können. So wurde der Jena-Plan ungenutzt und unbeeindruckt wieder aus der Hand gelegt. Auch in der landläufigen Lehreraus- und -weiterbildung war der Jena-Plan kein Thema, ganz im Gegensatz zu den 1946 in den amtlichen Lehrplänen verordneten Arbeitsschulmethoden. Alles, was von und über Kerschens- steiner, Gaudig, Scheibner und Lotte Müller erreichbar war, wurde von großen Teilen der Lehrerschaft fleißig konsumiert und bei Lehrproben engagiert diskutiert. Im Vordergrund stand die Anwendung arbeitsschulbezogener Unterrichtsmethoden; die dahinterliegenden Bildungstheorien blieben weitgehend ausgespart. Sie wurden erst herbeigezogen, als sich „fortschrittliche“ Erziehungswissenschaftler daran machten, die Arbeitsschule zu diskreditieren, um weisungsmäß Gründe für ihre Abschaffung zu liefern. Gerd Hohendorf übernahm dies

für die Lehrer zuerst in Heft 6/1949 der „neuen schule“.

Während konkrete Unterrichtsprobleme durchaus die Lehrer ergriffen, war ein Interesse an übergreifenden Schulreformfragen nicht vorhanden. Das beschränkte sich keineswegs nur auf den Jena-Plan. Auch ein (politischer) Gegenspieler Peter Petersens - über das Verhältnis berichtet die Autorin -, der „entschiedene Schulreformer“ aus den 20er Jahren, Paul Oestreich, bekam dies zu spüren. Seine 1947 wieder aufgelegten Schriften „Die Schule zur Volkskultur“ und „Die Technik als Luzifer der Pädagogik“ fanden wie alle pädagogischen Neuerscheinungen zwar ihre Käufer, lösten aber trotz seines Eintretens für eine „Elastische Einheits- und Lebensschule“ keinen Widerhall aus. Auch seine linken Freunde, die ihn in der SBZ bei pädagogischen Tagungen zu Auftritten verhelfen, kamen in einer Rezension im Heft 1/1948 der „pädagogik“ nicht umhin, seinen „Luzifer“ als „überholt“ zu charakterisieren.

Insgesamt war das pädagogische „Klima“ in der damaligen SBZ liberalen Schulreformen im allgemeinen und Peter Petersen im besonderen nicht günstig. Mit seiner Universitätsübungsschule bzw. Jena-Plan-Versuchsschule konnte er bei praktizierenden Pädagogen keine Breitenwirkung erzielen, geschweige denn Unterstützung erwarten. Seine Wissenschaft war für den Osten „überholt“. Außerhalb Jenas eilte ihm niemand zu Hilfe. Er hatte damals aus den verschiedensten Gründen keine wirklichen Freunde, weder in Ostdeutschland noch in Westdeutschland; einige Aspekte hieraus hat die Autorin eindrucksvoll beschrieben.

Prof. em. Dr. Gerhard Bunk, Lich

Sommerfeld, Dagmar: Peter Petersen und „Der Kleine Jena-Plan“ im Spannungsfeld der Schulreform der SBZ/DDR 1945-1950. Peter Lang GmbH, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1995, IX, 320 S. 3 Abb., zahlreiche Dokumente, 3 Tab., ISBN 3-631-49 110-07, br. DM 89,00.